

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.  
2 illust. Beilagen) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
sten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

Nr 121.

Donnerstag, den 14. Oktober

1897.

### Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Fleischermeisters **Karl Rudolf Mückel** in **Schönheide** wird heute am 12. Oktober 1897, Nachmittags 6 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Justizrath Landrock in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **12. November 1897** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den **4. November 1897, Vormittags 11 Uhr**

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **25. November 1897, Vormittags 11 Uhr**

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefiskus zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **20. November 1897** Anzeige zu machen.

### Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber:  
**Aktuar Friedrich.**

Die Diensträume des unterzeichneten Amtsgerichts bleiben am **15. und 16. Oktober 1897** wegen vorzunehmender Reinigung für nicht dringliche Angelegenheiten geschlossen.

Eibenstock, den 30. September 1897.

### Königliches Amtsgericht.

Ghrig.

Jr.

### Bekanntmachung.

Nächsten **Sonabend, den 16. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr** findet an Rathsstelle die **Bürgerverpflichtung** statt. Die mittelst Patent eingeladenen

Herren werden hiermit nochmals aufgefordert, sich zur Verpflichtung pünktlich einzufinden.

Eibenstock, am 12. Oktober 1897.

### Der Rath der Stadt.

Seffe.

Grüchtel.

### Bekanntmachung.

Die rückständigen **Brandversicherungsbeiträge** für den 2. Termin 1897 sind bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung bis spätestens **zum 20. dieses Monats** an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme zu entrichten.

Eibenstock, am 12. Oktober 1897.

### Der Rath der Stadt.

Seffe.

G.

### Holz-Versteigerung

auf dem Staatsforstrevier **Carlsfeld.**

In **Hendel's Hotel** in **Schönheiderhammer** sollen

**Dienstag, den 19. Oktober 1897, von Vorm. 9 Uhr an**

folgende aufbereitete **Ruthhölzer** und zwar:

13040	Stück	schl. <b>Schleifhölzer</b> von 7-15 cm Stärke, 4,0 m lang,
4850	"	" <b>Ahöer</b> " 16-22 " " 13,5 u. 4,0 m
2618	"	" " " 23-53 " " "
67	"	" <b>Perstlangen</b> " 10-13 " " "
590	"	" " " 8 u. 9 " " "
47,00	Hekt.	" <b>Reislangen</b> " 5-7 " " "
90,00	"	" " " 2-4 " " "
5 1/2	Rm.	" <b>Ruthknüppel.</b>

sowie **Mittwoch, den 20. Oktober 1897, von Vorm. 9 Uhr an**

nachverzeichnete aufbereitete **Brennhölzer**, als:

10	Rm. buch. u. 403	Rm. <b>Nadelholz-Brennseite,</b>	in fast sämtlichen Abtheilungen des Reviers.
22	"	" <b>Brennknüppel,</b>	
40	"	" <b>Aeste,</b>	

ca. 700 Rm. **Nadelholz-Stöcke** in den Abth. 43, 48 und 82

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.  
**Kgl. Forstrevierverwaltung Carlsfeld u. Kgl. Forstrentamt Eibenstock,**  
Gehre. am 12. Oktober 1897. **Gerlach.**

### Die Straßentumulte in Rom.

In Rom kam es am Montag zu ernstlichen Straßentumulten in Folge einer von den römischen Kaufleuten und Gewerbetreibenden veranstalteten Demonstration gegen die höhere Einschätzung der Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer. Nicht nur in Rom, sondern auch in vielen Provinzstädten Italiens und Siziliens herrscht schon seit einiger Zeit eine bedenkliche Erregung gegen die Fiskusbeamten, weil sie auf Anordnung des Finanzministers, um ein bedeutenderes Steuererträgnis zu erzielen, bei den Veranlagungen mit größter Strenge vorgingen. Die Maßnahme richtete sich ursprünglich namentlich gegen die großen Advokaten und sonstige hochangesehene Persönlichkeiten, die bisher nicht genügend zur Steuer herangezogen wurden oder nahezu völlig steuerfrei waren. Doch wurden in Folge der Ungeschicklichkeit und des allzu rigorosen Vorgehens der Steuerbeamten durch die höhere Einschätzung auch viele kleine Kaufleute hart getroffen und so kam es denn, daß schon vor einigen Wochen zahlreiche Kaufhäuser und gewerbliche Firmen drohten, ins Ausland auszuwandern, und daß Bittschriften mit Tausenden von Unterschriften in Umlauf gesetzt wurden, um gegen das Vorgehen des Fiskus Beschwerde zu führen.

In Rom fand nun am Sonntag eine Versammlung von Kaufleuten statt, in welcher beschlossen wurde, am folgenden Tage eine Kundgebung zu veranstalten, und zwar sollten die Teilnehmer derselben vom Kapitol aus bis zum Ministerium des Innern ziehen und dorthin die Delegirten der Kaufmannschaft begleiten, welche beauftragt worden waren, über die Steuerangelegenheit zu unterhandeln. Die Manifestanten begaben sich in Folge dessen Montag Nachmittag unter Führung des Vizebürgermeisters von Rom, Hrn. Galuppi sowie des Vorstandes der römischen Handelskammer in langem Zuge nach dem Ministerium des Innern, wo eine Deputation derselben vom Ministerpräsidenten di Rudini empfangen wurde, der ihr versprach, den Wünschen der römischen Kaufmannschaft nach Kräften entgegenkommen zu wollen. Inzwischen war aber vor dem Ministerium, auf der Piazza Novara und in den benachbarten Straßen die Menge in bedrohlicher Weise angewachsen. Wie das immer bei derartigen Massenfundgebungen zu geschehen pflegt, hatte sich den eigentlichen friedlichen Manifestanten aus dem Bürgerlande allerlei Gesindel aus den Vororten angeschlossen, das erst vor den Fenstern des Ministeriums nach „Abkämpfung der Steuern“ schrie, „Absegung der Volksaufseher“ verlangte, dann anfing, das

Pflaster aufzureißen und die Fenster des Ministeriums und die vor demselben aufgestellten Gendarmen mit Steinen zu bewerfen. Als die Gendarmen und die Polizei nicht im Stande war, die Menge auseinander zu treiben, mußte Militär einschreiten, dem es nach heftigen Zusammenstoßen mit der Menge, bei welchen auf beiden Seiten viele Verletzungen vorkamen, auch einer der Ruhestörer getödtet wurde, endlich gelang, den Platz zu säubern und die Ordnung wieder herzustellen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen und unter den verhafteten Rädelsführern sollen sich, wie die „Opinion“ mittheilt, auch mehrere Sozialisten befinden. Es ist daher anzunehmen, daß bei den Ruhestörungen besonders die Sozialisten und Anarchisten ihre Hände im Spiel hatten, eine Annahme, die durch die am Dienstag eingetroffene telegraphische Meldung bestätigt wird, daß in Folge der Straßentumulte der Präfekt von Rom die Auflösung der dortigen sozialistischen Vereinigung angeordnet hat. Nicht unmöglich ist es auch, daß die Sozialisten bei dieser Anstiftung der Ruhestörungen von den Klerikalen unterstützt wurden, die gegen die Regierung besonders aufgebracht sind, weil der Ministerpräsident di Rudini jüngst drei Rundschreiben an die Präfekten erlassen hat, in welchen er diese wegen der seit Kurzem zunehmenden Agitation der Klerikalen zum Zwecke der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes zu besonderer Wachsamkeit und Strenge gegen alle derartigen klerikalen Umtriebe auffordert. Die Festigkeit, mit welcher die päpstlichen Organe diese Erlasse des Ministerpräsidenten bekämpfen, läßt vermuthen, daß die Klerikalen auch diese Gelegenheit nicht unbewußt gelassen haben, um vereint mit anderen revolutionären Elementen durch Aufreizung der Menge der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. In der „Zukunft“ vom 9. Oktober greift Dr. Karl Peters in den Zeitungskampf über die Flottenfrage ein. Nach Herrn Dr. Peters Ansicht, der jeder verständige Politiker nur bestimmen kann, hat unsere Flotte im Kriege zunächst die Aufgabe, unsere Küsten zu verteidigen. Hierzu brauchen wir eine Schlachtschiff-Flotte; soweit eine solche zum Schutz unserer Küsten erforderlich ist, muß sie eben beschafft werden, und die Sachverständigen, die über den Umfang dieser Anschaffungen zu bestimmen haben, sind nicht etwa die großen „Politiker“ im Reichstag, sondern

doch wohl die Männer, die die Berechnungen nach den militärisch in Frage kommenden Gesichtspunkten anzustellen vermögen — und, fügen wir hinzu, die Verantwortlichkeit in der Stunde der Entscheidung tragen. Der Verfasser sagt, der Einfluß, den Deutschland in Friedenszeiten über See ausüben will, sei in erster Linie eine Friedensaufgabe und die Aufgabe der Auslandskreuzer. In Ostasien u. der Südpol, in Afrika und Südamerika müsse das Reich ein System von Flottenstationen mit Kreuzern unterhalten, um so viel Ansehen zu besitzen, daß seine einzelnen Bürger sicher und friedlich im Schutz der nationalen Flagge ihren Beschäftigungen nachgehen können. Denn von den Arbeiten der Staatsbürger in jenen Gebieten hängt zum großen Theil der Wohlstand der Heimath und damit das Wohl und Wehe vieler Tausende von Staatsbürgern ab. Auch der Einwand, daß der Handel Hamburgs und Bremens vor 1870 auch nicht einen derartigen Schutz einer Kriegsmarine gehabt habe, sei unzutreffend; denn selbst die Gegner unseres Flottenausbaues möchten doch nicht, daß der Zustand von damals wiederkehre, wo deutsche Handelschiffe sich sehr häufig unter dem Schutz der englischen Flagge vertrieben mußten. In der That ist das Werthobjekt, welches es heute zu schützen gilt, ja auch noch ein unendlich viel größerer als damals und wir werden künftig als gefährliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt immer mehr auf eigenen Schutz angewiesen sein.

— München, 10. Oktober. Die Verwaltung der bayerischen Staatsbahnen bespricht in einer umfangreichen Denkschrift die im vollsten Sinne des Wortes als Vorübung für den Mobilmachungsfall aufzufassende Thätigkeit der Eisenbahnen bei den letzten großen Herbstmäandern. Erwähnt wurde in diesem besonderen Falle die eigentlich militärische Aufgabe der Bahnverwaltung durch die große Anzahl von Posten- und Marschall-Zügen, durch die völlige Aufrechterhaltung des gewöhnlichen Personenverkehrs und durch die Abfertigung von 20 Sonderzügen für das in seiner Schaulust übermäßig ungebildete Publikum. Schon mehrere Monate vor den Mäandern hatten die demüthigten Verhandlungen mit den übrigen Staatsbehörden und mit den benachbarten Eisenbahnverwaltungen begonnen. Für die besonders schwierigen Tage vom 1. bis 4. September war für die 233 Kilometer lange Strecke von Nürnberg bis Nischaffenburg aus Mitgliedern der Generaldirektion ein besonderer Ausschuss gebildet worden, der sich sehr gut bewährt hat. Schon zwischen dem 12. und 30. August beanspruchte die Beförderung der Truppen zu den Brigade- und Divisionsmäandern außer den